

Nepalesischer Absolutismus

König Gyanendra greift mit Absetzung der Regierung nach uneingeschränkter Macht.
Faktischer Staatsstreich stellt Parteien vor Strategieprobleme

Für mehrere Stunden war Nepal am Dienstag faktisch weitgehend von der Außenwelt abgeschnitten. Nachdem König Gyanendra die von ihm selbst erst vor wenigen Monaten eingesetzte Übergangsregierung unter Premier Sher Bahadur Deuba kurz zuvor abgesetzt und den Ausnahmezustand über das Land verhängt hatte, wurden die Telefonleitungen unterbrochen, Internetverbindungen beispielsweise zu den Webseiten der großen Zeitungen gestört und der Airport von Kathmandu für internationale Flüge vorübergehend geschlossen.

Minister unter Arrest

In Geschäften und an Tankstellen der nepalesischen Hauptstadt bildeten sich zeitweise lange Schlangen verunsicherter Kunden, durch die Straßen fuhren gepanzerte Fahrzeuge der Royal Army. Der Monarch hatte den Regierungschef und mehrere führende Minister nicht nur entmachtet, sondern zugleich unter Hausarrest gestellt. Deuba, der bereits zum zweitenmal unter ähnlichen Umständen vom König gefeuert wurde, kündigte inzwischen an, sich den Schritt nicht einfach gefallen zu lassen. Er und Madhav Kumar Nepal, Generalsekretär der wichtigsten Linkspartei UML (Vereinigte Marxisten-Leninisten), basteln bereits an einer breiten Widerstandsaktion gegen Gyanendras »unkonstitutionelles Vorgehen«.

Der Initiative wird sich aller Voraussicht nach auch der Nepali Congress, die liberal ausgerichtete größte politische Formation des Landes, anschließen. Der NC hatte sich an der vom Palast seinerzeit eingesetzten Übergangsregierung, anders als die UML, ohnehin nicht beteiligt die vorher bestehende vereinte Front der großen Parteien war damit im vergangenen Herbst faktisch gesprengt worden. Mit der Einsetzung des von ihm bereits im Oktober 2002 wegen angeblicher Unfähigkeit aus dem Amt gejagten Deuba als neuen Interimspremier hatte der König in einem geschickten Schachzug die an Stärke gewinnende Oppositionsbewegung gespalten.

Die Vorgabe, eine breite Koalition zur Vorbereitung von Neuwahlen und einer Wiederaufnahme des Dialogs mit den maoistischen Rebellen zusammenzubringen, hatte Deuba zum Teil erfüllt. Doch nur seine eigene Fraktion des NC war bereit, ihm dabei zu folgen. Die Mehrheit der gespaltenen Partei, geführt vom ebenfalls ehemaligen Premier Koirala, wollte Gyanendra nicht als scheindemokratische Fassade dienen. Eben diese Skeptiker fühlen sich nun durch den Putsch des Monarchen in ihren Unkenrufen bestätigt.

Militär aufgewertet

Die Ankündigung des Königs, binnen drei Jahren für einen demokratischen Neuanfang im Land sorgen zu wollen, lässt in den Führungsetagen der Parteien, die im 2002 suspendierten Parlament vertreten waren, die Alarmglocken schrillen. Sie befürchten wie mehrere Aktivisten von Bürgerrechtsgruppen, dass Gyanendra nicht nur für eine kurze Übergangszeit, sondern für mehrere Jahre alle exekutiven Vollmachten an sich gerissen hat. Dass mit der Verhängung des Ausnahmezustandes grundlegende Rechte wie Presse- und Versammlungsfreiheit aufgehoben sind und die Armee mit bislang ungeahnter Machtfülle ausgestattet wird, führt in den Augen seiner Gegner die Versicherung des Monarchen ad absurdum, die Demokratie im Land auf absehbare Zukunft vollständig wiederherstellen zu wollen.

Von nachhaltiger Auswirkung ist der institutionelle Coup aus dem Palast unter anderem auf die Wirtschaft. Vor allem die sensible Tourismusbranche, die sich gerade von den jüngsten Rückschlägen zu erholen begann, ist betroffen. Nepal bezieht einen großen Teil seines Nationaleinkommens aus dem Fremdenverkehr, der aber durch das Wiederaufflammen des Bürgerkrieges im Frühsommer 2003 nach kurzer Konsolidierungsphase ohnehin einen starken Einbruch erlitten hatte. Die maoistischen Rebellen hatten außerdem durch eine mehrtägige Blockade der Hauptstadt sowie die erzwungene Schließung ausländischer Firmenvertretungen für Verunsicherung in Wirtschaftskreisen gesorgt.

Dialog oder Kampf?

Für die bevorstehenden Wochen sehen Experten mehrere mögliche Szenarien. Gyanendras radikaler Schritt könnte eine direkte Allianz zwischen den entmachteten demokratischen Parteien und den Maoisten nach sich ziehen, die letztlich unter Umständen wirklich in einer republikanischen Ordnung münden könnte. Denkbar erscheint aber auch die Variante, dass sich die Rebellen auf einen Dialog mit dem Monarchen einlassen. Schließlich hatten sie immer wieder betont, nicht mit der »Marionette« Deuba, sondern nur mit dem König selbst verhandeln zu wollen.

junge welt 03.02.2005

Thomas Berger